

TOP: 6

Fraktion DIE LINKE

Lfd.Nr. 482/2008 KT
1. Ergänzung

Antrag zur Kreistagssitzung

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE zur Beschlussfassung zum Haushaltsplan und zur Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2009

Beschluss:

Gewinnausschüttung Sparkasse Marburg-Biedenkopf

Budget 101

Produkt 010102

Teilergebnisplan Pos 21 KtNr 56,57 Finanzerträge

KtNr: 01010201 56 100000

Ansatz KA: 1 560 000 Euro

Ansatz DIE LINKE: 3 115 000 Euro

Begründung:

Entgegen anderslautender Behauptungen beträgt die Sicherheitsrücklage der Sparkasse Marburg-Biedenkopf zum Bilanzstichtag mehr als 6 Prozent der Bilanzsumme. Laut Hessischem Sparkassengesetz (alte Fassung) war damit die Voraussetzung gegeben, die Hälfte des Bilanzgewinnes an die Träger auszuschütten. In der neuen Fassung des Sparkassengesetzes können sogar zwei Drittel des Bilanzgewinnes an die Träger ausgeschüttet werden. Der Kreistag fordert daher den Verwaltungsrat der Sparkasse Marburg-Biedenkopf auf, die höhere Ausschüttung an die Träger zu beschließen.

Jagdsteuer:

1.) Satzung über die Erhebung einer Jagdsteuer

Beschluss:

Die Satzung über die Erhebung einer Jagdsteuer wird wie folgt geändert:

- a) § 3 (Besteuerungsgrundlagen, Steuersatz) Absatz 2 erhält folgende neue Fassung:
„Die Steuer beträgt 15 vom Hundert des Jagdwertes.“
- b) Die Änderung tritt am 01.04.2009 in Kraft.

2.) Budget 202

Produkt 160101

Teilergebnisplan Pos. 5 KtNr 55 Steuern und Steuerähnliche Erträge....

KtoNr: 16010101 55 595000 Jagd- und Fischereisteuer

Ansatz KA: 110 000 Euro

Ansatz DIE LINKE 220 000 Euro

Begründung:

Zitat aus der Stellungnahme der AG Bürgermeister zum Kreishaushalt 2009: „Wir gestatten uns noch einmal den Verweis auf unsere Stellungnahme zum Kreishaushalt 2008, mit der wir das aus unserer Sicht nicht vertretbare „Geschenk“ des Landrates an die Jagdpächter kritisieren, auf die Jagdsteuer verzichten zu wollen. Der Verzicht wurde 2008 durch eine Halbierung der Jagdsteuer eingeläutet: Eindeutig zu Lasten der kreisangehörigen Kommunen, die diesen Einnahmeverzicht dauerhaft auszugleichen haben.“ Hinzuzufügen ist, dass dieses Geld sinnvoller für soziale Zwecke ausgegeben werden kann.

Betreuungsangebot an Grundschulen

Budget 5000

Produkt: 031302

Teilergebnisplan Pos. 2 KtNr 51 Öffentlich rechtliche Leistungsentgelte

Ansatz KA: 454 000 Euro

Ansatz DIE LINKE: 0 Euro

Begründung:

Das Betreuungsangebot an Grundschulen erfüllt nur dann seinen Zweck, wenn die Kinder das Angebot tatsächlich wahrnehmen können. Finanzielle Erwägungen dürfen für die Entscheidung das Angebot anzunehmen keine Rolle spielen. Daher ist es sinnvoll, das Betreuungsangebot unentgeltlich zur Verfügung zu stellen.

Schaffung regulärer Beschäftigungsverhältnisse

Budgetübergreifend

Produktübergreifend

Teilergebnispläne Pos.11

Ansatz DIE LINKE + 900 000

Begründung:

Mit diesem Mehransatz soll öffentliche Beschäftigung vor allem für soziale, ökologische und kulturelle Zwecke! geschaffen werden. Dieser Mehreinsatz soll ein Einstieg in die dauerhafte Ausweitung und für eine neue Qualität öffentlicher Beschäftigung sein. Damit sollen wichtige gesellschaftliche Aufgaben erfüllt werden, die die Privatwirtschaft mangels Gewinnaussichten nicht wahrnimmt. Zugleich soll der sich mehr und mehr verfestigenden Langzeitarbeitslosigkeit entgegen gewirkt werden. Die Mittel können über das KJC, aber auch über die anderen Stabstellen, Fachdienste oder Fachbereiche des Landkreises eingesetzt werden.

Energierreferat einrichten

Budgetübergreifend

Produktübergreifend

Ansatz DIE LINKE: + 311 000 Euro

Begründung:

Landrat Fischbach hat in seiner Haushaltsrede noch einmal den Einsatz des Landkreises für kommunalen Klimaschutz und die Verwendung erneuerbarer Energien herausgestellt. Er bestätigte ausdrücklich, dass der Landkreis bis zum Jahre 2040 unabhängig von fossilen oder nuklearen Energiequellen werden will. Wenn dies nicht nur ein Lippenbekenntnis bleiben soll, ist es unabdingbar den kommunalen Klimaschutz und den Einsatz erneuerbarer Energien als Querschnittsaufgabe in der Kommunalpolitik zu verankern. DIE LINKE verkennt nicht, dass es bereits vereinzelte Ansätze im Landkreis gibt. Diese vereinzelten Ansätze reichen allerdings bei weitem nicht aus.

Andere Gemeinden, Städte und Landkreise zeigen, dass die Einrichtung eines Energierferates nicht nur Kosten für die kommunalen Haushalte einsparen, sondern auch wichtige Impulse für die heimische Wirtschaft und Anstöße für die Bevölkerung im Landkreis geben kann. Das Energierferat der Stadt Frankfurt kann hier durchaus als Vorbild dienen.

Es ist zu prüfen, ob das „Kompetenzteam Erneuerbare Energien“ zu einem Energierferat weiterentwickelt werden kann.

gez. Anna Hofmann gez. Heidi Boulnois gez. Ulrike Grünheid gez. Inge Sturm